

## **EGB Entschließung - Europäisches Semester 2014 - Kernbotschaften für den Europäischen Rat**

von dem Exekutivausschuss am 11-12 März beschlossen

---

### **Kernaussagen**

Um eine vollständige Erholung zu gewährleisten, sind in Europa strukturelle Investitionen, faire Löhne und menschenwürdige Arbeitsbedingungen für alle Arbeitnehmer notwendig. Der EGB fordert daher die Frühjahrstagung des Europäischen Rates dazu auf, eine neue Richtung einzuschlagen, da ohne einen radikalen Wandel in der Politik das Europäische Semester 2014 nichts zur Sicherung einer nachhaltigen Erholung beitragen wird.

Obwohl Europa in absehbarer Zukunft vor wirtschaftlichen Stagnation und Massenarbeitslosigkeit steht, ist das wichtigste politische Signal, das der Jahreswachstumsbericht (JWB) 2014 für das aktuelle Europäische Semester aussendet, im Wesentlichen ein "business as usual".

Europa braucht Strukturinvestitionen statt Strukturreformen, die die Rechte der Arbeitnehmer weiter erodieren. Ein großes europäisches Investitionsprogramm, wie es vom EGB vorgeschlagen wurde, und das für einen Zeitraum von 10 Jahren 2% des europäischen BIPs investiert, ist dringend erforderlich, um einer modernen Wirtschaft in einem globalen Markt zu dienen und wirtschaftliche und soziale Unterschiede in Europa zu bekämpfen.

Europa muss die Löhne als Quelle für Wachstum und als Säule der Preisstabilität sehen. Die Arbeiter in ganz Europa gegeneinander antreten zu lassen, führt zu nichts. Lohn- und Tarifsysteme müssen wiederhergestellt werden, um die europäischen Wirtschaftssysteme von der Falle der Schuldendeflation weg zu lenken. Robuste Reallohnsteigerungen sind erforderlich, um die Wirtschaft auf einen starken Wachstumspfad zu bringen und die Kaufkraft zu erhöhen.

Europa muss die autonomen Tarifverhandlungen der Sozialpartner respektieren und als das beste Instrument für die Gestaltung von Arbeitsmarktreformen und die Festsetzung von Löhnen fördern. Die Entscheidung darüber, wie die Lohnverhandlungen zu organisieren sind, ist eine nationale Kompetenz und Reformen zur Stärkung der Lohnbildung und der Verhandlungssysteme können nur durch Verhandlungen mit den Sozialpartnern und nach eingehendem sozialen Dialog auf nationaler Ebene durchgeführt werden. Die Sozialpartner müssen in allen Ebenen des Prozesses des Europäischen Semesters beteiligt werden und ihre Ansichten müssen berücksichtigt werden.

Europa muss qualitativ hochwertige Arbeitsplätze für alle Arbeitnehmer als Mittel zur Marktsegmentierung fördern. Prekäre Verträge und Arbeitsweisen führen nur zu einem prekären Arbeitsmarkt und erhöhen die Armut unter den Arbeitern noch weiter.

Europa muss in seine Arbeitskräfte investieren. Gut qualifizierte Arbeitskräfte sind unerlässlich, wenn Europa die Herausforderungen der Globalisierung meistern will. Trotz Konsens darüber, dass Investitionen in Bildung, lebenslanges Lernen, Fähigkeiten und Ausbildung entscheidend sind, ist es jedoch Tatsache, dass viele Mitgliedstaaten sowie auch viele Unternehmen die Ausgaben reduzieren und Reformen mit wenig Aufmerksamkeit auf die Auswirkungen auf die Qualität der Bildung und Ausbildung durchführen.

Europa braucht soziale Investitionen. Die Sozialschutzsysteme müssen nicht nur auf Instrumente zur Anpassung im Rahmen der Haushaltskonsolidierung reduziert werden.

Dies schwächt ihre Funktion als automatische Stabilisatoren und ihre Schlüsselrolle bei der Bekämpfung der Armut und der Steigerung der gesamten Nachfrage.

## **Einführung**

"Business as usual" ist das wichtigste politische Signal, das der Jahreswachstumsbericht an die Mitgliedstaaten in Bezug auf Koordinierung ihrer Makro-Wirtschafts-, Haushalts- und Strukturpolitik im Europäischen Semester 2014 aussendet. Er rät zum "Kurshalten" in Bezug auf Sparkurs und zum Vorantreiben "breiter" und "ehrgeiziger" Strukturreformen, die Druck auf die Löhne nach unten auslösen und noch mehr Flexibilität auf den bereits von zu viel Unsicherheit gekennzeichneten europäischen Arbeitsmärkten einführen.

Dies ist eine Sackgasse. Die Arbeiter in ganz Europa durch Drücken der Löhne gegeneinander antreten zu lassen, führt zu nichts. Europa, als relativ geschlossener Markt, kann sich kaum selbst Jobs stehlen und so geht die Lohn-Depression in einem Mitgliedstaat auf Kosten der Exportmärkte der anderen. Europäische Entscheidungsträger sollten auch extrem vorsichtig sein, da eine Lohn-Depression in eine starke Deflation führen kann, wodurch sich die reale Schuldenlast erhöht und noch mehr Nachfrage, Aktivität und Jobs aus der Wirtschaft gedrückt werden.

## **Sparpolitik steht immer noch fest auf der Tagesordnung**

Mit Rekord-Arbeitslosigkeit und einer fragilen und schwachen Erholung konfrontiert, lautet die zentrale Empfehlung des JWB 2014 in Bezug auf die Wirtschaftspolitik, den "Kurs einer wachstumsfreundlichen differenzierten Haushaltskonsolidierungsstrategie beizubehalten". Die Fortsetzung dieser Politik der koordinierten Sparpolitik, riskiert eine deutlich Schwächung der Erholung, da die Mitgliedstaaten weiterhin gleichzeitig ihre Defizite reduzieren.

Trotz einiger willkommender Worte zur Notwendigkeit der Bekämpfung aggressiver Steuerplanung und Steueroasen, setzt die Kommission weiterhin darauf, eine ideologische Voreingenommenheit gegen öffentliche Ausgaben und Steuern zu fördern, und ruft die Mitgliedstaaten zu einer "ausgabenseitige Konsolidierung" auf. Für die Mitgliedstaaten, die einen gewissen Spielraum für steuerliche Anreize haben, empfiehlt die Kommission Steuersenkungen und Senkungen der Sozialversicherungsbeiträge als einige der Maßnahmen, die angewendet werden sollten, um Investitionen zu stimulieren. Dies ignoriert die Tatsache, dass einige der Wirtschaftssysteme, die die Krise sehr erfolgreich überstanden haben, relativ hohe Steuern haben und diese Einnahmen für Investitionen in ihre Wirtschaft und die Zurverfügungstellung moderner öffentlichen Dienstleistungen verwenden.

Dies vernachlässigt auf beunruhigende Weise die Tatsache, dass bestimmte Mitgliedstaaten mit einem starken wachstumsunfreundlichen makroökonomischen Politik-Mix zu kämpfen haben. In der Tat, sind die Mitgliedstaaten, die am meisten einer wirtschaftlichen Expansionspolitik bedürfen, gezwungen, eine schwer kontraktive Politik umzusetzen, wobei Frankreich, Belgien und Portugal weitere Konsolidierungsbemühungen von 2% des BIP und Spanien, Slowenien und Irland Bemühungen von 5% des BIP bevorstehen. Allerdings kann die Geldpolitik nicht auf diese Steuereinschnitte und ihre negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft reagieren, indem die kurzfristigen Zinsen weiter gesenkt werden, da diese bereits bei der Nullgrenze liegen und nicht negativ werden können. Was die Sache noch erschwert ist die Tatsache, dass die langfristigen Zinsen in diesen Mitgliedstaaten immer noch auf einem Niveau von 4 bis 5% liegen, was viel höher als die nominalen Wachstumsraten ist. Auf diese Weise werden Anreize für Investitionen, und damit die wirtschaftliche Erholung selbst, ernsthaft behindert. Kurz gesagt, stehen diese Mitgliedstaaten sowohl vor den negativen Auswirkungen der Steuerkürzungen als auch der Finanz-Bedingungen, die Investitionen drücken.

Durch die Befürwortung von Kürzungen bei den Sozialversicherungsbeiträgen ermutigt die Kommission die Mitgliedstaaten tatsächlich dazu, die ohnehin schon geschwächten automatischen Stabilisatoren, die zu Beginn der Krise so entscheidend waren, zu untergraben. Der EGB begrüßt den Ansatz der Kommission in ihrem Sozialinvestitionspaket, das veranschaulicht, dass die Sozialpolitik einen echten Mehrwert für die Gesellschaft und die Menschen darstellt, der nicht einfach quantifiziert werden kann, indem man die Höhe der Ausgaben betrachtet. Es ist bedauerlich, dass im JWB die Kommission ihren eigenen Rat bezüglich der Politik nicht berücksichtigt.

Sozialschutzsysteme sind wichtige Instrumente, um Armut zu verhindern, vor allem jetzt, da die Armut in Europa zunimmt. Sie sind jedoch nicht nur Sicherheitsnetze für diejenigen, die Hilfe benötigen, sondern spielen auch eine wichtige Rolle bei der Aufrechterhaltung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Sie sind ein Mittel, um denjenigen, die am meisten in Not sind, Kaufkraft zu verleihen, wodurch sie dann durch ihren Konsum wiederum zur Wirtschaft beitragen.

Bildung, Ausbildung, Forschung und Innovation sind der Schlüssel, um die Arbeitnehmer in Europa mit den in einer zunehmend globalisierten Wirtschaft benötigten Fähigkeiten und Kompetenzen auszustatten. Die Kommission erkennt dies an und empfiehlt den Mitgliedstaaten, die Finanzierung in diesen Bereichen zu priorisieren. Im Rahmen einer vertieften wirtschaftspolitischen Steuerung und der anhaltenden Haushaltskonsolidierung, ist schwer zu erkennen, wo die Mitgliedstaaten die finanziellen Mittel hernehmen sollen, um diese vier Prioritäten zu unterstützen. Der EGB schlägt vor, dass Investitionen in Bildung, Ausbildung, Forschung und Entwicklung von der Berechnung des öffentlichen Defizits und der Schulden im Rahmen des Wachstums- und Stabilitätspakts ausgeschlossen werden.

### **Weitere Strukturreform der Löhne: ein Rezept für Deflation**

Zur kontraktiven makroökonomischen Politik kommt eine kontraktive Lohnpolitik hinzu. Fünf Jahre in der Krise ist die Reallohnentwicklung hinter den Produktivitäts-Trends in 16 Mitgliedstaaten zurückgeblieben, und diese Zahl wird voraussichtlich in den nächsten zwei Jahren auf 20 steigen (2008-2015). In einer Vielzahl von Ländern wird die Lücke zwischen der Reallohndynamik und der Produktivität über den gesamten Zeitraum 2008-2015 bis auf 8 bis 17% steigen. Das betrifft, unter anderen, Griechenland, Spanien, Rumänien, Irland, Zypern, Lettland, Polen und Portugal.

Zusätzlich wird die Euro-Zone durch absolute Lohn-Depression sowohl real als auch nominal gekennzeichnet. Für die Euro-Zone als Ganzes, beträgt das Wachstum der Reallöhne seit 2011 Null und dies wird sich voraussichtlich bis ins Jahr 2014 fortsetzen. In 11 der 18 Euroraum-Mitgliedstaaten werden die Reallöhne im Jahr 2014 sogar sinken.

Die Antwort der Kommission auf diese Lohnfragen ist unzureichend und vieldeutig. Während sie "Weitere Reformen zur Sicherstellung, dass die Lohnentwicklung mit der Produktivitätsentwicklung im Einklang steht und sie sowohl die Wettbewerbsfähigkeit als auch die Gesamtnachfrage fördert" fordert, ignoriert die Kommission praktischer Weise die Tatsache, dass, wenn die Löhne gesunken sind, dies eine Folge der Strukturreform-Politik war, die die Kommission selbst gefördert hatte.

Darüber hinaus legt der JWB 2014 nicht fest, ob Real- oder Nominallöhne der Produktivität folgen sollten. Diese Unterscheidung ist enorm wichtig. Im ersten Fall, spiegeln Nominallöhne sowohl die Produktivität als auch die Inflation wider. Im letzteren jedoch sind Nominallöhne auf die Produktivitätsentwicklung begrenzt, wobei etwaige Erhöhungen des Preisniveaus nicht einbezogen werden, auch nicht diejenigen, die im Einklang mit dem eigenen Ziel der Preisstabilität der EZB sind. Dies macht aus der letzteren Formel eine direktes Rezept, um eine wettbewerbsfähige Lohn-Spirale auslösen.

Der EGB bedauert zutiefst das vollständige Schweigen der Kommission zu diesem Thema. Dadurch überlässt die Kommission den mächtigen Akteuren, wie EZB und ECOFIN, die Initiative, um deren Interpretation, wie sich die Löhne entwickeln sollten, umzusetzen. In der Praxis wird es "business as usual" sein. Die Mitgliedstaaten werden weiterhin unter Druck stehen, ihre Lohnbildungssysteme zu deregulieren, um die Umsetzung dieser seltsamen Formel zu gewährleisten, bei der die Nominallöhne streng an die Produktivität gebunden und die Inflation ignoriert wird.

### **Weitere Strukturreformen der Arbeitsmärkte: Prekäre Jobs werden nur eine prekäre Erholung bringen.**

Der EGB hat Großinvestitionen gefordert, die zu einer Schaffung von nachhaltigen und qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen in Europa führen - mit fast 16 Millionen Kurzarbeitslosen besteht sicher kein Mangel an potenzieller Versorgung für diese zusätzliche Nachfrage. Aus unserer Sicht ist eine solche Investition der beste Weg, um zu verhindern, dass aus konjunktureller Arbeitslosigkeit strukturelle Arbeitslosigkeit wird.

Trotz einiger Anzeichen dafür, dass die Arbeitslosigkeit sich endlich stabilisiert, steht Europa fassungslos vor einem verlorenen Jahrzehnt. Es gibt Prognosen, dass es mindestens so lange dauern wird, bis die Arbeitslosenraten wieder den Stand vor der Krise erreichen werden. Während der JWB den Ernst der Lage anerkennt, verpasst die Kommission erneut die Gelegenheit, politische Empfehlungen zu geben, die zu einer Verbesserung führen könnten, von der alle Europäer profitieren würden.

Es ist verfrüht, davon zu sprechen, dass die Krise vorbei wäre, während die Arbeitslosigkeit weiterhin über 26,5 Millionen Menschen in ganz Europa betrifft. Schlimmer noch! Es zeigt die Blasiertheit in Bezug auf die Notlage der Armen in Europa und der 8 Millionen zusätzlichen Menschen, die seit Beginn der Krise von Armut bedroht sind.

Der von der Kommission kürzlich veröffentlichte Bericht "Entwicklungen in Beschäftigung und Gesellschaft" und der Bericht "Globale Beschäftigungstrends 2014"<sup>1</sup> der IAO bestätigen die anhaltenden Schwierigkeiten auf dem europäischen Arbeitsmarkt. Trotz der fragilen Anzeichen einer wirtschaftlichen Erholung, werden Beschäftigung und soziale Situation wahrscheinlich weiterhin für einige Zeit gedrückt bleiben. Wachsende Ungleichheiten stellen eine Gefahr für den sozialen Zusammenhalt dar und, wie der IWF in einem vor Kurzem veröffentlichten Papier<sup>2</sup> betont hat, können ein Hindernis für nachhaltiges Wirtschaftswachstum sein und dessen Nachhaltigkeit gefährden .

Der JWB fördert weiterhin strukturelle Arbeitsmarktreformen als Allheilmittel, das "irgendwann" Ergebnisse liefern wird. Der EGB ist vor allem über den anhaltenden Versuch entsetzt, auf EU-Ebene eine hohe konjunkturelle Arbeitslosigkeit als "strukturell" umzudefinieren. Positionspapiere konzentrieren sich systematisch auf mangelnde Fertigkeiten und Firmen, in denen die Produktion aufgrund eines Mangels an qualifizierten Arbeitskräften eingeschränkt ist, während die viel größere Anzahl von Unternehmen ignoriert wird, die aus einem Mangel an Nachfrage der Kunden nicht mehr produzieren.

### **"Förderung der Arbeitsplatzqualität." Europa muss die fehlende Verbindung zur Europäischen Beschäftigungsstrategie wiederherstellen**

Die Förderung der Arbeitsplatzqualität, wie sie in den Beschäftigungsleitlinien<sup>3</sup> festgelegt ist, muss die treibende Kraft hinter der europäischen Beschäftigungsstrategie sein, und

<sup>1</sup> [http://www.ilo.org/global/research/global-reports/global-employment-trends/2014/WCMS\\_233953/lang--fr/index.htm](http://www.ilo.org/global/research/global-reports/global-employment-trends/2014/WCMS_233953/lang--fr/index.htm)

<sup>2</sup> Umverteilung, Ungleichheit und Wachstum, WMF-Diskussionspapier Februar 2014, SDN/14/02

<sup>3</sup> 2010/707/EU: Beschluss des Rates vom 21. Oktober 2010 über Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:32010D0707:DE:NOT>

das Europäische Semester sollte als Instrument genutzt werden, um dies zu gewährleisten.

Beschäftigungsleitlinie 7 zielt ab auf die "Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern, Abbau der strukturellen Arbeitslosigkeit und Förderung der Arbeitsplatzqualität" Diese letztere Dimension glänzt jedoch durch Abwesenheit im JWB, im GBB und im jährlichen Bericht über Beschäftigung und soziale Indikatoren. Der JWB 2014 konzentriert sich ausschließlich auf die Notwendigkeit, die Beteiligung am Arbeitsmarkt zu erhöhen und die Quantität von Arbeitsplätzen zu fördern, ignoriert aber völlig die qualitative Dimension. Es mangelt nicht an Verweisen auf die Notwendigkeit der "Qualität" in anderer Hinsicht (Entscheidungsfindung in öffentlichen Verwaltungen, Konsolidierungsprogramme, öffentliche Ausgaben, etc.) aber es gibt nicht einen Hinweis auf Qualität in Bezug auf Arbeitsplätze.

Die Kommission begrüßt die "wichtigen Maßnahmen", die von den Mitgliedstaaten getroffen worden sind, um die Arbeitsmärkte zu reformieren und ihre Elastizität zu verbessern. Während der Krise waren große und unverhältnismäßige Anstrengungen der europäischen Arbeitnehmer gefordert. Allzu häufig waren die verfolgten politischen Ansätze unausgewogen und die Erfahrung der EGB-Mitglieder in mehreren Mitgliedstaaten ist, dass die Arbeitsmarktreformen die Arbeitsplatzvernichtung intensiviert, niedrigere Löhne gesenkt, Prekarisierung erhöht und die Arbeitsbedingungen und die Qualität der Beschäftigung im allgemeinen verschlechtert haben.

Die Arbeitsmarktsegmentierung stellt eine ernsthafte Bedrohung für das effiziente Funktionieren der europäischen Arbeitsmärkte dar. Prekäre Arbeit ist gekennzeichnet durch: Arbeitsplatzunsicherheit, niedrige Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen und wenig oder kein Arbeitsschutz nimmt weiter zu. Europa sollte nicht bestrebt sein, sich auf der Grundlage von prekären Arbeitsverhältnissen und niedrigen Löhnen im Wettbewerb zu behaupten, sondern auf dem soliden Fundament gut qualifizierter Arbeitskräfte und auf Innovation und Qualität. Anstatt schwächere Beschäftigungsschutzgesetze und noch mehr Flexibilität für alle Arbeitnehmer zu fordern, sollte die Förderung der Arbeitsplatzqualität im Vordergrund der EU-Beschäftigungspolitik zur Bekämpfung der zunehmend prekären Arbeitskräfte und zunehmenden Ungleichheiten stehen. Diese Elemente, die Hauptelemente des europäischen Sozialmodells, sind unerlässlich, wenn Europa sein volles Potential nutzen und seine Wettbewerbsfähigkeit verbessern will.

Von den Mitgliedstaaten umgesetzte Bildungs- und Ausbildungsreformen haben oft nur zu Kürzungen der öffentlichen Ausgaben geführt, ohne klare Auswirkungen im Hinblick auf eine verbesserte Qualität oder Effizienz zu haben. Hinzu kommt, dass Übergangsmechanismen wie Lehrlingsausbildung, duale Systeme und Praktika nicht effektiv genug gewesen sind und in den meisten Mitgliedstaaten unter mangelhafter Umsetzung leiden. Die Kommission sollte klare Standards und erreichbare Ziele in den LSE festlegen und solche Reformen in Bezug auf Qualitätssicherung, Arbeitsbedingungen und konkrete Unterstützung für die Beschäftigung überwachen.

### **Mehr Unterstützung für junge Menschen nötig, aber andere Arbeitnehmer dürfen nicht vernachlässigt werden**

Das Jugendbeschäftigungspaket der Kommission war ein erster positiver Schritt in die Richtung, die schreckliche Situation zu bekämpfen, die Millionen junger Europäer derzeit erleben müssen. Dennoch sind die vorgeschlagen Maßnahmen und Ressourcen unzureichend, um die großen Probleme der Jugendarbeitslosigkeit, Inaktivität, Unsicherheit und der zunehmenden Ungleichheiten beim Zugang zu Bildung, Wohlstand und sozialer Sicherheit, die sich wesentlich durch die in ganz Europa umgesetzten Sparmaßnahmen verschlechtert haben, zu bewältigen.

Sechs Milliarden Euro wurden für die Umsetzung der Jugendgarantie ausgewiesen, aber die IAO schätzt<sup>4</sup>, dass 21 Milliarden Euro für deren vollständige Umsetzung in der EU erforderlich wären. Die Umsetzung auf der nationalen Ebene ist äußerst lückenhaft und gefährdet das Ziel der Erleichterung des Übergangs der Jugendlichen in den Arbeitsmarkt. Die schwache Erholung kann nicht genügend neue Arbeitsplätze schaffen und die, die geschaffen werden, sind zunehmend prekärer.

Im Hinblick auf die besonders dramatische Situation in Bezug auf die Jugendarbeitslosigkeit, ist es verständlich, dass die Konzentration vor allem auf der Lösung dieses Problems lag. Allerdings darf die Situation der anderen Gruppen auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere von Frauen, älteren Arbeitnehmern und Migranten, und die Hindernisse, die sich ihnen stellen, nicht vernachlässigt werden. Lebenslanges Lernen und kontinuierliche Ausbildung am Arbeitsplatz sollten durch konkrete Maßnahmen unterstützt werden, um die Maßnahmen zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit zu stärken und die Antizipation des Wandels zu unterstützen.

Der JWB erkennt korrekt an, dass, wenn von den Arbeitnehmern erwartet wird, dass sie längere und erfülltere Arbeitsleben haben, angemessene Qualifikationen, lebenslanges Lernen, ein positives Arbeitsumfeld und die Bewältigung des Lohngefälles zwischen Männern und Frauen die wichtigsten Faktoren sind. Aktuelle Zahlen zeigen, dass das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen nun bei ca. 16% stagniert, d.h. Frauen arbeiten in Europa 59 Tage ohne Bezahlung. Allerdings wird wieder einmal das Verständnis der Kommission für die Herausforderungen nicht in relevante Empfehlungen umgesetzt, z.B. hat 2013 nur ein Land eine Empfehlung zur Bewältigung des Lohngefälles zwischen Männern und Frauen erhalten, obwohl dieses Problem alle Mitgliedsstaaten betrifft..

Es gab viele LSE, die eine Anhebung des Rentenalters empfehlen, ohne dies mit den Möglichkeiten zu verknüpfen, die Menschen in der Realität haben, um länger zu arbeiten. Sicherstellen, dass ihre Arbeit die Gesundheit und Sicherheit der Menschen nicht negativ beeinträchtigt, ist ein wesentliches Element der Schaffung eines positiven Arbeitsumfelds, aber wir stehen derzeit vor der Aussicht, dass die EU nicht vor 2016 eine andere Strategie in Bezug auf Gesundheit und Sicherheit annehmen wird. Ebenso ist eine allgemeine Aussage über ausreichende Kompetenzen und lebenslanges Lernen, damit die Menschen länger arbeiten, so etwas wie eine Illusion, die auf prekären Verträgen, Arbeitslosen oder auf Krankengeld angewiesenen Menschen beruht. Wenn die Altersgrenze für den Anspruch auf Altersrente angehoben werden soll, dann sollte der Anspruch auf Arbeitslosen- und Krankengeld ebenfalls entsprechend angehoben werden.

### **Scoreboard über die wichtigsten Beschäftigungs- und Sozialindikatoren**

Der GBB 2014 enthält erstmals ein Scoreboard zu beschäftigungs- und sozialpolitischen Schlüsselindikatoren. Obwohl das Scoreboard zur Analyse beitragen und ein Gesamtbild der beschäftigungs- und sozialpolitischen Entwicklungen liefern kann, wird es nur von geringer Bedeutung sein, es sei denn, die Ergebnisse können die politische Richtung und die makroökonomische Politik wie notwendig korrigieren.

Die aktuellen Indikatoren sind grundsätzlich retrospektiv und, wenn das Scoreboard als Frühwarnsystem fungieren soll, unzureichend, um vorbeugende Maßnahmen zur Bewältigung von Ungleichgewichten zu ermöglichen. Weitere Frühindikatoren und Indikatoren bezüglich der Qualität der Beschäftigung werden benötigt. Der EGB hat vor Kurzem die Arten von Indikatoren bestimmt, die wir gerne in Zukunft<sup>5</sup> sehen wollen. In diesem Zusammenhang begrüßt der EGB die konkrete Angabe vom Europäischen

---

<sup>4</sup> Eurozone Job Crisis: Trends and Policy Responses 2012

<sup>5</sup> EGB-Position zur Mitteilung der Europäischen Kommission zur Stärkung der sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion <http://www.etic.org/documents/etic-position-european-commission-communication-strengthening-social-dimension-economic#.Uwsla8rLJBM>

Beschäftigungsausschuss EMCO, dass dieser die Sozialpartner in seine Arbeit zur Verbesserung des Scoreboards einbeziehen wird.

Abschließend fordert der EGB Folgendes: Sicherstellen einer vollständigen Erholung, mehr und besserer, qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze und Wiederherstellung der Tarifverhandlungen

Verfolgen der gleichen Politiken wird die gleichen Ergebnisse haben. Wenn die Sparpolitik fortgesetzt wird, wird die Erholung geschwächt werden. Wenn unter dem Motto "jeder Job ist besser als kein Job" prekäre Arbeitsverhältnisse gefördert werden, werden diese prekären Arbeitsverhältnisse nur eine prekäre Erholung bringen. Wenn die Strukturreformen weiterhin Institutionen der Lohn- und Tarifverhandlungen schwächen, wird die Inflation, die bereits zu niedrig ist, um vorteilhaft zu sein, in eine offene Deflation umschlagen.

Das Europäische Semester sollte als eine Möglichkeit genutzt werden, eine andere Richtung einzuschlagen. Der EGB fordert die Frühjahrstagung des Europäischen Rates dazu auf:

- dringend ein großes europäisches Investitionsprogramm einzuführen, das seine Wirtschaft in einem globalen Markt modernisiert und aktualisiert und die steigenden wirtschaftlichen und sozialen Gefälle in Europa und in der Euro-Zone bekämpft. Der EGB-Plan für Investitionen, nachhaltiges Wachstum und hochwertige Arbeitsplätze<sup>6</sup>, der vorschlägt, 2% des BIPs für Investition in den nächsten zehn Jahren zu verwenden, ist wertvoller denn je zuvor;
- anzuerkennen, dass Europa eine stärkere Nominallohndynamik braucht, um die Wirtschaft weg von der Falle der Schuldendeflation zu bringen, und robuste Reallohnsteigerungen nötig sind, um die Wirtschaft auf einem starken Wachstumspfad zu lenken. Die Achtung und Förderung der Tarifautonomie ist das beste Instrument, um all dies zu erreichen, und auch für die Verhandlung der Umstrukturierungsprozesse, zur Unterstützung der Produktivität und Investitionen, zur Förderung der Umverteilung und zur Bekämpfung der Armut und zur Wiederherstellung von Demokratie und Mitbestimmung am Arbeitsplatz. Der gesetzliche Mindestlohn sollte in den Ländern, in denen die Gewerkschaften dies für nötig halten, erheblich erhöht werden. Alle Lohnuntergrenzen sollten auf jeden Fall den Normen des Europarates über faire Löhne entsprechen.
- strikt die Grundsätze des Europäischen Vertrags zur Wahrung der Autonomie der Sozialpartner und der Unterschiedlichkeit der nationalen Systeme der Arbeitsbeziehungen einzuhalten. In diesem Zusammenhang unterstreicht der EGB, dass die Entscheidung darüber, wie die Lohnverhandlungen zu organisieren sind, eine nationale Kompetenz ist und Reformen zur Stärkung der Lohnbildung und der Verhandlungssysteme nur durch Verhandlungen mit den Sozialpartnern und nach eingehendem sozialen Dialog auf nationaler Ebene durchgeführt werden können.
- qualitativ hochwertige Arbeitsplätze für alle Arbeitnehmer als Mittel zur Marktsegmentierung zu fördern. Prekäre Verträge und Arbeitsweisen führen nur zu einem prekären Arbeitsmarkt und erhöhen die Armut unter den Arbeitern noch weiter.
- in die europäischen Arbeitnehmer zu investieren. Gut qualifizierte Arbeitskräfte sind unerlässlich, wenn Europa die Herausforderungen der Globalisierung meistern will. Trotz Konsens darüber, dass Investitionen in Bildung,

---

<sup>6</sup> <http://www.etuc.org/documents/new-path-europe-etuc-plan-investment-sustainable-growth-and-quality-jobs#.UwsiFcrLJBM>

lebenslanges Lernen, Fähigkeiten und Ausbildung entscheidend sind, ist es jedoch Tatsache, dass viele Mitgliedstaaten die Ausgaben reduzieren und Reformen mit wenig Aufmerksamkeit auf die Auswirkungen auf die Qualität der Bildung und Ausbildung durchführen, während zu viele Unternehmen außen vor bleiben, wenn es darum geht, in die Fähigkeiten ihrer Arbeitnehmer zu investieren.

- die Rolle der Sozialschutzsysteme als mehr als nur ein weiteres Instrument der Haushaltsanpassung zu verteidigen. Sozialpolitik und soziale Investitionen müssen eine Schlüsselrolle bei der Verwirklichung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, der Armutsbekämpfung und auch bei der Unterstützung der Wirtschaft spielen.